

Danziger Zeitung.

Nr. 19377.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Rethelshagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gepaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1892.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 23. Februar. (Privattelegramm.) Die Commission für das Schulgesetz hat in ihrer gestrigen Abend Sitzung zwei von den Conservativen gestellte, die Vorlage verschärfende Anträge trotz des entschiedenen Widerspruchs des Cultusministers mit 16 gegen 12 Stimmen angenommen, alle anderen Anträge wurden abgelehnt. Die conservativen Anträge vermindern die Rechte der Eltern im § 11 durch die Zuzugung der Worte: „In der Regel“, und bestimmen, daß die Einrichtung einer besonderen Schule bei mehr als 60 Kindern der Zustimmung der Gemeinde nicht bedarf.

Berlin, 23. Februar. (Privattelegramm.) Die ultramontane „*Nölnische Volkszeitung*“ verurtheilt sehr scharf den übertriebenen Bemühungseifer der Polen. Man merke, sagt das Blatt, die Absicht und werde verstimmt. Man habe den Eindruck, als ließen die Freunde des Herrn v. Rosciolski bei dem Streben nach der Gunst der Regierung die Klugheit zu sehr außer Acht. Allzu große Biegbarkeit könne an den maßgebenden Stellen nur geringem Respect begen.

— Kaufmann Schwioger ist wegen des an der Deutschen Bank verübten Millionen-Betruges zu 4 Jahren Gefängniß verurtheilt worden.

— Aus Lublin wird berichtet, daß Massen-entwaffnungen von Juden aus dem dortigen Gouvernament neuerdings begonnen haben.

Berlin, 23. Febr. Bei der heute begonnenen Ziehung der 2. Klasse der 186. kgl. preussischen Klassen-Lotterie fielen Vormittags:

- 1 Gewinn von 45 000 Mk. auf Nr. 93 627.
- 1 Gewinn von 15 000 Mk. auf Nr. 111 958.
- 1 Gewinn von 10 000 Mk. auf Nr. 113 142.
- 1 Gewinn von 5000 Mk. auf Nr. 85 477.

Antwerpen, 23. Febr. (W. Z.) Der Schnell-dampfer „*Kaiser Wilhelm*“ ist seit gestern Abend wieder flott und hat seine Reise fortgesetzt.

Athen, 23. Febr. (W. Z.) Die Kammer hat mit überwältigender Majorität die Erhebung der Anklage gegen das frühere Cabinet Trikoupis verworfen, nachdem der Ministerpräsident Del-gannis erklärt hatte, politische und nationale Erwägungen erforderten die Freisprechung desselben. Das Kammerpalais war von einer großen Menschenmenge umgeben und militärische Maßnahmen waren getroffen. Zwei von den angeklagten Ministern waren in der Sitzung anwesend.

Politische Uebersicht.

Danzig, 23. Februar.

Die gestrige parlamentarische Tagesordnung

war eine unverhältnißmäßig einfache; im Reichstage tagte nur die Budgetcommission und die Commission für das Heimstätten-gesetz, in der die Resolutionen an Stelle des Gesetzentwurfs wie Pilze nach dem Regen emporstiegen; im Abgeordneten-hause war nur das Plenum verammelt, um den Rest des Eisenbahngesetzes zu erledigen. Von Interesse war das statistische Material über die Eisenbahnunfälle, welche der Referent der Budgetcommission mittheilte. Darnach kamen in England in den Jahren 1885/89 auf je 100 Millionen Reisende 347 Getödtete, 82,27 Verletzte; in Frankreich je 1,88 Getödtete bezw. 45,16 Verletzte; in Oesterreich-Ungarn (1885—1888) je 10,29 Getödtete, 89,94 Verletzte. Auf den preussischen Staatsbahnen aber 1885—1890 entfielen auf 100 Mill. Reisende 0,88 Getödtete und 20,25 Verletzte. Demnach wird Preußen an Unfällen über-troffen durch England um das Dreifache, durch Oesterreich-Ungarn um das Vierfache, durch Frankreich um das Doppelte. Indessen blieb auch hier der hinkende Bote nicht aus: der Eisenbahn-minister klagte über das Zunehmen der „destruc-tiven Tendenzen“ innerhalb des Personals; man erfährt aber nicht, mit welchen Mitteln er der Ausbreitung derselben entgegenzutreten denkt, was doch eigentlich die Hauptaufgabe wäre. Gerade in dieser Beziehung hat doch Herr v. Maybach seinem Nachfolger ein weites Gebiet zur Betätigung überlassen. Mit dem bloßen Verbot der Petitionen wegen Besserung der Gehälter u. dergl. ist es doch nicht gethan.

Begreiflicher Weise kamen auch wieder die Kohlenpreise und der Kohlenring zur Sprache und da überraschte der Minister das Haus durch die Erklärung, daß die Kohlenringe im vorigen Jahre ein plötzliches Steigen der Preise verhindert hätten. Hinterher schränkte er freilich, als Abg. Brömel seinem Erkaunen über die Auffassung Ausdruck gab, die Erklärung dahin ein, daß er ein Urtheil über die allgemeine Bedeutung und den Werth der Kohlenringe nicht habe aussprechen wollen. Auch Herr v. Eymern hat sein Urtheil über die Kohlenringe seit dem letzten Jahre geändert. In der vorigen Session war er ein Herz und eine Seele mit dem Grafen Kanitz und Thren. v. Stumm, die den Kohlenring angriffen; in diesem Jahre ist er dem Kohlenringe günstig und erklärt die Stumm'schen Angriffe gegen denselben mit dem Widerstreit der Interessen der Kohlen- und der Eiseninteressenten. Im übrigen kamen nur Lokalwünsche zur Erörterung.

Nach Erledigung des Eisenbahnetats verlagte sich das Plenum bis zum Donnerstag, so daß die Schulcommission, die auch gestern Abend eine

Sitzung abhielt, zwei freie Arbeitstage gewinnt. Vielleicht haben die in den letzten Tagen abgehaltenen Städtetage — der sächsischen, brandenburgischen (vergl. unten) und pommerschen — dem Cultusminister Veranlassung gegeben, sich über die Bedeutung solcher Rundgebungen zu äußern. Seine „*Nordd. Allg. Ztg.*“ klammert sich an jeden Strohhalm. Von den Städtetagen in Halle und Berlin weiß sie noch nichts. Dagegen hat sie entdeckt, daß auf dem pommerschen Städtetag die Volksschulen als Gemeindefschulen bezeichnet worden sind, und triumphirt nun über Herrn Richter, der in der Volkschulcommission den Beschluß durchgesetzt hat, daß die Volksschulen Veranstaltungen des Staats sind. Da Graf Zechth und die Conservativen diesem Antrage Richters zugestimmt haben, so hätte die „*Nordd. Allg. Ztg.*“ es besser der „*Germania*“ — das Centrum hat ja gegen den Antrag Richter gestimmt — überlassen, sich über den pommerschen Städtetag aufzuhalten. Auf alle Fälle ist es lächerlich, wenn die „*Norddeutsche*“ meint, Herr Richter habe nunmehr gar keine Ursache, sich auf Resolutionen, wie diejenige des pommerschen Städtetages zu berufen. Wie diese Resolution lautet, verschweigt die officiöse „*Norddeutsche*“ sorgfältig, sonst würden die Leser vielleicht an ihrem gesunden Menschenverstand irre werden. Gegen den gestern von uns erwähnten Artikel des „*Cons. Wochenbl.*“, der die Beschränkung des Gesetzes auf ein Schuldotationsgesetz befürwortet — die „*Norddeutsche*“ nennt das: die Angelegenheit mit grauer Seife behandeln — versichert das Blatt, es sei gar kein Grund zu der Annahme vorhanden, daß der gedachte Artikel Stimmungen widerspiegeln, welche in der parlamentarischen conservativen Partei „breiteren“ Boden hätten. Also haben diese Stimmungen auch dort schon Boden; wie breit dieser ist, wird sich ja später wohl zeigen. Jedenfalls rührt der Artikel des „*Cons. Wochenbl.*“, nach der eigenen Angabe desselben, von einem hervorragenden Mitgliede der conservativen Partei und deren Vertretung in der parlamentarischen Körperschaft her und das ist immerhin schon etwas.

Weniger erfreulich, aber um so bemerkenswerther ist die angeblich inspirirte Berliner Mittheilung der Münchener „*Allg. Ztg.*“, die schon neulich einen Unterschied zwischen dem Standpunkte Bennigssens und Miquels zu dem Volksschulgesetz andeutete, daß der Finanzminister „wohl auch einige seiner Collegen“ zum Rücktritt gezwungen sein würden, wenn die Bestimmungen über die Privatschulen aufrecht bleiben sollten. Und die „*Nat.-Ztg.*“ hält das für richtig. Dann würden also Minister Miquel und einige seiner Collegen auf einem Standpunkt stehen, den nicht einmal die Freiconservativen, geschweige die Nationalliberalen theilen; denn die parlamentarischen Vertreter derselben haben sich zwar auch gegen die Freiegebung des Privatunterrichts erklärt, sie haben aber außerdem noch eine ganze Reihe anderer Bestimmungen des Entwurfs für unannehmbar erklärt. Der ansehnliche Widerspruch läßt sich wohl durch die Annahme lösen, daß die Beschränkung des Widerpruchs des Ministers auf die Bestimmungen der Vorlage über die Freiegebung der Privatschulen vorwiegend taktischer Natur ist.

Das Spionagesgesetz.

Der Entwurf des deutschen Spionagesgesetzes oder, wie dasselbe officiell heißt, des Gesetzes gegen den Verrath militärischer Geheimnisse ist dem Reichstage soeben zugegangen. Den Mittheilungen darüber in unserer heutigen Morgen-Ausgabe ist zunächst noch folgendes nachzutragen:

Durch § 92 Nr. 1 des Strafgesetzbuches wird nur der Verrath militärischer Geheimnisse an eine fremde Regierung unter Strafe gestellt. Dadurch werden, wie vor dem Reichsgericht stiegende Verhandlungen beweisen, für den Nachweis des Verbrechens oft unüberwindliche Schwierigkeiten geschaffen, da die Spionage regelmäßig durch Mittelspersonen betrieben wird, die Beziehungen zu einer fremden Regierung überhaupt nicht besitzen oder, falls solche bestehen, sie verbergen. Die vorgeschlagene Bestimmung soll demnach jeden treffen, der vorsätzlich Schriften, Zeichnungen oder andere Gegenstände, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung erforderlich ist oder Nachrichten solcher Art in den Besitz oder zur Kenntniß eines Anderen gelangen läßt, wenn er weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß dadurch die Sicherheit des Reichs gefährdet wird. Die Strafandrohung — Zuchthaus nicht unter 2 Jahren — bleibt bestehen; daneben kann, da das Verbrechen meist in eigennütziger Absicht begangen wird, auf Geldstrafe bis 1500 Mk. erkannt werden. Mildernde Umstände sind ausgeschlossen. Ferner soll auch die Spionage an sich unter Strafe gestellt werden ohne Rücksicht auf Zweck oder Erfolg. Steht der landesverrätherische Zweck der Spionage fest, so wird die Strafe von Gefängniß von 1 Monat bis 3 Jahre oder Festungshaft von gleicher Dauer auf Zuchthaus bis 10 Jahre und Geldstrafe bis 10 000 Mk. erhöht. Für die Presse, insbesondere die militärischen Schriftsteller von Interesse ist der § 7 der Vorlage. Danach wird, wer aus Fahrlässigkeit Gegenstände oder Nachrichten der oben bezeichneten Art, die ihm kraft seines Amtes, Berufs, Gewerbes oder eines besonderen Auftrages anvertraut oder zugänglich sind, in einer die Sicherheit des Reichs gefährdenden Weise in den Besitz oder zur Kenntniß eines Anderen gelangen läßt, mit Gefängniß oder Festungshaft bis zu 3 Jahren bestraft. Daneben kann auf Geldstrafe bis zu 3000 Mk. erkannt werden. Wer Verbrechen dieser Art den Behörden anzuzeigen unterläßt,

ist mit Gefängniß zu bestrafen. Endlich erhalten die §§ 87—90 des Strafgesetzbuches eine verschärfte Fassung, indem mildernde Umstände oder im Falle des § 89 Festungshaft anstatt Zuchthaus ausgeschlossen werden. Die Entscheidung über Anklagen wegen Verraths militärischer Geheimnisse oder Spionage aus landesverrätherischer Absicht entfällt in erster und letzter Instanz das Reichsgericht.

Der Siebener-Ausschuß für die Unterrichts-Reform.

Der Siebener-Ausschuß zur Weiterberathung der bekannten in der Dezemberconferenz gestellten Unterrichtsreformfragen sollte eigentlich im Februar d. J. zur Begutachtung des noch ausstehenden Theiles seines Pensums zusammentreten. Es gilt für wahrscheinlich, daß der Zusammentritt gegen Ausgang des März erfolgen werde. Den Gegenstand der endgültigen Berathung des gedachten Ausschusses werden die Entwürfe für die Lehramtsprüfungen und für die Schulhygiene bilden, dieselben sind jezt im Unterrichtsministerium fertiggestellt worden und bedürfen nur noch des Placets des Cultusministers.

Die Expedition Finsch nach Madagaskar.

Dr. Finsch, der Empfänger jenes letzten Briefes von Emin Pascha, dessen Hauptinhalt bereits veröffentlicht worden ist, befindet sich gegenwärtig in Aegypten, um für die von ihm geplante bewaffnete Expedition nach Madagaskar vom Rhebive die Erlaubniß zur Anwerbung von Sudanesen zu erwirken.

Dr. Finsch ist der „*Post*“ zufolge ungefähr 32 bis 35 Jahre alt, von mittlerer aber doch kräftiger Gestalt, er hat im Capland und früher in Chile und Peru größere Reisen unternommen. Er ist nicht Deutscher, sondern Deutsch-Amerikaner, von Fach Botaniker und Ornithologe, und durch den vor Jahresfrist eingetretenen Tod seines Vaters Herr eines Vermögens von mehreren Millionen Dollar geworden. Dr. Finsch hat die Absicht eine größere Expedition nach dem Albert Njanja und nach Madagaskar zu Emin Pascha auszurüsten. Am 18. d. Mts. begibt er sich nachairo bezügl. Heluan, um beim Rhebive Abbas eine Audienz zu erbitten. Geht es ihm, diesen für sein Unternehmen günstig zu stimmen, so gedenkt Finsch schon anfangs Juli von Malindi (engl. Ost-Afrika) zu Emin aufzubrechen. Herrn Major v. Wismann will er ebenfalls aufsuchen, es schien, als ob er Lust habe diesem das Ober-commando anzubieten. Um auch den stärksten Widerstand auf der geplanten Expedition brechen zu können, sollen mit Erlaubniß des Rhebive 200 Sudanesen angeworben und mit kleinkalibrigen Mehrladern ausgerüstet werden. Zum Transport von Geschützen und anderen schweren Stücken hat Dr. Finsch durch einen Commissionär in Bombay vier zahme indische Elephanten für je 20 000 Mark angekauft.

Das Unternehmen sieht freilich sehr abenteuerlich aus. Möge es gelingen, besser gelingen, als das Wismann'sche Dampferunternehmen, dessen völliges Scheitern nunmehr auch officiell constatirt worden ist.

Rundgebungen der Arbeitslosen in Wien.

Gegen 500 beschäftigungslose Arbeiter hielten gestern in der Wiener Vorstadt Hernals eine Protestversammlung gegen jede Verdrögerung in der Ausführung der Wiener Verkehrsanlagen ab. Nach Schluß der Versammlung schickte sich die Menge nach dem Rathhause in Bewegung. Die Polizei trat dem Zuge bei der Hernals-Ernie entgegen und trennte denselben unter Vornahme mehrerer Verhaftungen; ein Theil des Zuges schlug Umwege ein und entsendete eine Deputation nach dem Rathhause. Hier waren inzwischen die Gitter geschlossen worden und wurden die Mitglieder der Deputation verhaftet. Erstere Ausschreitungen sind bisher nicht vorgekommen.

Die französische Ministerkrisis.

Wie aus Paris telegraphisch wird, empfing gestern der Präsident Carnot eine Anzahl Senatoren und Deputirte, welche der Presse angehören, und hörte deren Ansicht über die Bildung eines neuen Cabinets. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß der Präsident davon Abstand nehmen werde, Ribot mit der Bildung eines neuen Cabinets zu beauftragen, da die Radicals, ohne welche eine republicianische Mehrheit nicht möglich ist, Ribot ihre Unterstützung verweigerten. Andererseits hätten Frejcinet und Bourgeois den Vorstoß im neuen Ministerium abgelehnt.

Das ungarische Parlament.

Beide Häuser des ungarischen Reichstages hielten gestern Sitzungen ab, in welchen unter lebhaften Eisenrufen die (ihrem Hauptinhalte nach schon gemeldete) Thronrede verlesen wurde. Im Ober-hause erließ der Präsident den Gegen des Stimmens auf den König herab, den hochhinnigen Hüter der ungarischen Verfassung, der durch seine die menschliche Kraft fast übersteigende Wirklichkeit ein leuchtendes Beispiel sei. Die Stellen der Thronrede, in denen an den Ausgleich von 1867 erinnert wird, ferner diejenigen betreffend den seitherigen Fortschritt Ungarns, die Valutaregulierung, die Verwaltungsreform, das Verhältniß von Staat und Kirche und die freundschaftlichen Beziehungen zu den Mächten wurden mit Beifallrufen begleitet; am Schluß der Thronrede ertönten stürmische Eisenrufe.

Im englischen Unterhause

beantragte gestern der Präsident des Amtes für Ackerbau Chaplin die erste Lesung der Vorlage zur Erleichterung des Erwerbes kleiner Nacht-

güter. Durch die Vorlage werden die Graf-schaftsräthe zum Ankauf von Grund und Boden ermächtigt und können denselben in Parzellen bis zu 50 Acres verkaufen und in Parzellen bis zu 10 Acres verpachten. Die Käufer müssen das Gut selbst cultiviren und dürfen dasselbe nicht in Aftermiethe verpachten. Die Grafchaftsräthe dürfen drei Viertel des Kaufschillings vorschießen, der Käufer muß ein Viertel anzahlen, ein Viertel kann als perpetueller Pachtzins verbleiben; der Rest ist innerhalb 50 Jahren in Raten zurück-zuzahlen.

Der Frauenprozeß in Sofia.

Der (in unserer heutigen Morgenausgabe bereits erwähnte) Prozeß gegen die Frauen Karameloff, Droschakoff und Georgeff hat gestern in Sofia begonnen. Die Anklageschrift führt aus, das bekannte Memoire in der Belschew-Affäre an die Vertreter der Mächte in Sofia habe bezweckt, eine fremde Einmischung in die inneren Angelegenheiten Bulgariens herbeizuführen und verweist auf die abfälligen Urtheile der französischen Presse aus Anlaß der Veröffentlichung. Frau Karameloff ist gefändigt. Die Zeugen-ausagen waren von keinem Belang. Nach dem Plaidoyer des Procurators erinnerte der Ber-theidiger Stoiloff an zahlreiche Analogien in der bulgarischen Geschichte der letzten Jahre. Die Angeklagte habe nicht bezweckt, eine fremde Ein-mischung herbeizuführen, sondern nur eine Ab-klärung des Gerichtsverfahrens gegen ihren ver-hafteten Gatten. — Die Verhandlung wurde so-bann unterbrochen und schließlich das Urtheil gefällt, worüber uns nachstehende Drahtmeldung zugeht:

Sofia, 23. Februar. (W. Z.) Die Frauen Karameloff, Droschakoff und Georgeff wurden von der Anklage, durch ein Memorandum in der Belschew-Affäre an die Vertreter der Mächte eine fremde Einmischung in die inneren An-gelegenheiten Bulgariens bezweckt zu haben, frei-gesprochen.

Die Wahlen in Rumänien.

Am Sonntag haben auch die Stichwahlen zur rumänischen Kammer stattgefunden. Es wurden dabei 11 Conservative und 7 Oppositionelle ge-wählt. Insgesamt sind 151 Conservative und 32 Oppositionelle aller Schattirungen gewählt.

Abgeordnetenhaus.

20. Sitzung vom 22. Februar.

Fortsetzung der zweiten Berathung des Etats der Eisenbahnverwaltung.

Zahlreiche Petitionen von Eisenbahnbetriebssecretären, Stations- und Expeditionsassistenten u. s. w. werden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt; mehrere Petitionen von Locomotivführern um Gehaltserhöhung werden der Regierung zur Ermäßigung überwiesen.

Abg. Brömel (freis.): Ich möchte bei den Kosten der Züge auf die Frage der Kohlenpreise zurückkommen. Es wird sich nicht bestreiten lassen, daß seit dem vorigen Jahre die Kohlenpreise heruntergegangen sind, daher hätte man allgemein einen geringeren Anschlag im Etat für 1892/93 machen müssen. Es kommen jedoch verschiedene Abweichungen, theils Erhöhungen, theils Ermäßigungen in den Preisanstößen für Kohlen zwischen diesem und dem laufenden Etat vor. Das rührt wohl daher, daß theilweise ein Wechsel in den Bezugsquellen eingetreten ist. Die höchsten Preise finden wir da, wo eine Wirk-samkeit der Kohlenpreise bemerkbar ist; in keinem anderen Bezirk, ja in keinem anderen Lande ist die Preiserhöhung eine so starke und schroffe ge-wesen, wie gerade im westfälischen Kohlenrevier. Ueberall hatten die Kohlenpreise im Jahre 1890 ihren höchsten Stand erreicht, aber die Preissteigerung selbst war eine sehr vertheilte. In den meisten Revieren schwankte sie zwischen 2,57 Mk. und 3,58 Mk. pro Tonne, in Dortmund betrug sie jedoch 5,24 resp. 5,90 Mk., in Essen sogar über 6 Mk. Die ganze Preis-bewegung tritt noch viel schärfer hervor, wenn man die procentuale Erhöhung ins Auge faßt; sie betrug bei den englischen Kohlen in Berlin 20 Proc., Nieder-schlesien 33 Proc., Saarbrücken 51 Proc. und Ober-schlesien 60 Proc.; dagegen in Dortmund 110 Proc. und in Essen gar 127 Proc. Hier sieht man deutlich die Wirkung des Kohlenringes, welcher hauptsächlich in Westfalen seine Thätigkeit ausübt. Für ein großes Unrecht halte ich es, daß gleichzeitig Kohlen nach dem Auslande zu erheblich billigeren Preisen abgegeben werden als im Inlande. Wie wird der Minister ver-fahren, um billigere Kohlen für die Staatseisenbahnen im nächsten Etatsjahre zu beschaffen?

Minister Thielens: Wenn der Abg. Brömel fragt, wie ich es anfangen möchte, um zu den im Etat angelegten Preisen gegenüber den Kohlenringen die Kohlen zu beschaffen, so antworte ich ihm, das weiß ich noch nicht, und wenn ich es möchte, würde ich es ihm nicht sagen. (Seitherzeit rechts.) Auf die Frage der Kohlen-ringe hier näher einzugehen, habe ich keine Veran-laffung. Ich kann nur sagen, daß nach meinen sehr lange zurückgehenden Erfahrungen gerade in Bezug auf die Beschaffung der Kohlen für die Staatseisenbahn-verwaltung ich die feste Ueberzeugung habe, daß wir im vorigen Sommer ohne die Kohlenringe und die damals wenigstens vernünftige, zurückhaltende Leitung der Ringe ganz andere Preise hätten bezahlen müssen, als wir es in Wirklichkeit gethan haben.

Abg. v. Eymern (nat.-lib.): Die Kohlenringe sollen eine Verschleuderung des kostbaren Kohlenmaterials verhindern. Daß die Kohlenpreise sich höher gestellt haben, liegt an der Belastung des Kohlenbergbaues mit den hohen Ausgaben für die socialpolitischen Ver-sicherungen. Wenn die Eisenindustrie sich über die Kohlenpreise beklagt, so vergißt man dabei, daß die Eisenindustrie nur etwa 17 Proc. der Kohle verbraucht.

Abg. Brömel: Wenn man den kostbaren Kohlen-schah schützen will, dann muß man sich hüten, die Kohlen billiger an die ausländische Concurrenz zu verkaufen, als an die einheimischen Abnehmer. Und ist denn bloß die Kohlenindustrie durch die Verschleuderungsgesetze belastet oder nicht vielmehr die ganze In-dustrie? Wenn der Minister die Haltung der Kohlen-ringe verteidigt, so sind in den meisten Industrie-zweigen gegentheilige Meinungen vorhanden; man glaubt, daß die Staatsbahnen durch ihre Tarifpolitik

Das Treiben der Kohlenverkaufsvereinigungen zu durchbrechen beabsichtigen.

Minister Thelen: Ich habe über die Kohlenringe im allgemeinen keinen Anspruch, sondern nur für die Sturm- und Drangperiode behauptet, daß ohne den Kohlenring noch höhere Preise hätten erzielt werden können, wie ich das 1873 bereits erlebt habe.

In der folgenden Debatte wird von verschiedenen Abgeordneten eine Reihe von Wünschen und Beschwerden lokaler Natur vorgetragen und der Etat schließlich genehmigt.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

Deutschland.

* Berlin, 22. Febr. Der Kaiser hat am Sonntag Vormittag den Dr. Giffels zum Vortrag über eine für den nächsten Sommer in Aussicht genommene Reise nach Norwegen empfangen.

* [Auch die Civilisten des Großherzogs von Weimar] ist der dortige Landtag angegangen worden um 30 000 Mk., d. h. auf 990 000 Mk. zu erhöhen. In der Begründung wird nach der „Volksztg.“ auf das Sinken des Geldwerthes hingewiesen und Vertrauen ausgesprochen zu dem „wiederholt betätigten Geiste der Gerechtigkeit, Treue und Dankbarkeit gegen das großherzogliche Haus“.

* [Hofball.] Bei dem Kaiser und der Kaiserin findet am nächsten Donnerstag, den 25. d. M. eine Ballgesellschaft statt, zu welcher die Einladungen bereits ergangen sind.

* [Finanzminister Dr. Miquel] vollendete am 21. Februar sein 62. Lebensjahr.

* [Zur Disciplinaruntersuchung gegen den Grafen Limburg-Stürum.] Die „Kreuz-Ztg.“ theilt über den Inhalt des nunmehr vorliegenden Erkenntnisses mit: Dasselbe stelle fest, daß der Angeklagte durch Veröffentlichung des Artikels vom 14. Dezember 1891 in der „Kreuz-Ztg.“ im Sinne des § 2 Nr. 2 des Disciplinargesetzes vom 21. Juli 1852 des Vertrauens, das sein Beruf erfordert, verlustig gegangen ist und dadurch eines Dienstvergehens sich schuldig gemacht hat. In den Urtheilsgründen wird ausgeführt: Der quäsierte Artikel habe die denkbar schärfste Kritik gegen die Politik der Regierung geübt. Dieser Artikel trage nicht bloß den Charakter einer unstatthaften oppositionellen Demonstration, sondern den einer öffentlichen Agitation gegen die ausgesprochene Intention der Regierung. Durch eine derartige Agitation werde ein Beamter des Vertrauens, welches sein Beruf erfordert. Die aufreißenden Angriffe gegen die innere Politik der Regierung und die Herabsetzung der auswärtigen Politik derselben in dem Artikel rechtfertigen die tatsächliche Feststellung eines dem Angeklagten zur Last fallenden Dienstvergehens. Diese oppositionelle öffentliche Demonstration des Angeklagten gegen seinen Chef schließe jede Möglichkeit einer anderweitigen Verwendung im Staatsdienste aus.

* [Rundgebungen gegen das Volksschulgesetz.] In Hannover wurde in einer Versammlung des Wahlvereins der deutschfreisinnigen Partei nach einem Vortrag des Regierungsraths a. D. Boffart einstimmig eine Resolution gegen den Schulgesetzentwurf angenommen. — In Eberswalde nahm eine vom deutschfreisinnigen Verein veranstaltete, von Angehörigen aller Parteien besuchte Versammlung eine Resolution gegen den Schulgesetzentwurf an. — Auch in Aarlsruhe hat sich der freisinnige Verein gegen den Schulgesetzentwurf ausgesprochen und gleichzeitig gegen die Bemerkung des preussischen Kultusministers über die badiischen Schulverhältnisse Verwahrung eingelegt. — In Dortmund hat der liberale Bürgerverein eine Resolution gegen den Schulgesetzentwurf angenommen. — In Götting hat die Stadtverordneten-Versammlung beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, sich den Rundgebungen gegen den Volksschulgesetzentwurf anzuschließen. — Der brandenburgische Stadtag trat heute (Montag) im Rathhaussaale zu Berlin behufs Stellungnahme zu dem Volksschulgesetzentwurf zusammen. Von den 94 Städten, welche dem Städtebunde angehören, waren 73 durch ihre Bürgermeister, Stadtverordnetenvorsteher u. s. w. vertreten. Außerdem hatten 12 Städte, die außerhalb des Bundes stehen, Vertreter entsandt. Als Berichterstatter fungierte der Vorsteher der Charlottenburger Schuldeputation, Dr. Hirschhorn. Derselbe legte einen auf sechs Punkte sich erstreckenden Antrag vor, welcher sich besonders in denjenigen Punkten gegen den Schulgesetzentwurf wendet, in welchen es sich um die Stellung der Gemeinden zur Volksschule handelt. Der Antrag Hirschhorn wurde in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen und der Stadtag geschlossen.

* [Börseinquete.] Wie die „Nat.-Ztg.“ erzählt, ist der Präsident der Reichsbank Dr. Koch zum Vorsitzenden der Enquete-Kommission für die Bank- und Börsenverhältnisse ernannt worden.

* [Rauchfreies Pulver in der Türkei.] Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erzählt aus zuverlässiger Quelle, daß in der Umgebung von Konstantinopel ein Schießplatz eingerichtet wird, um dort Versuche mit rauchfreiem Pulver anzustellen. Man wünscht die deutschen Pulverfabriken an diesen Versuchen betheiligen zu sehen, damit dieselben in die Lage kämen, dem kais. türkischen Gouvernement ihre Fabrikanlagen zu liefern, welche dem Pulver aus anderen Ländern vorgezogen würden.

* [Theatercensur.] In Göttingen hatte die Polizei die Aufführung von Subermanns Schauspiel „Sodoms Ende“ verboten. Die Regierung hat dies Verbot aufgehoben und das Stück ging am 18. d. in Scene.

* [Zum Kapitel der Soldatenmishandlungen.] Das Ergebnis und die tragische Folge der am 18. d. M. vor der Stammer in Heilbronn verhandelten Strafsache gegen Dr. Cipp wegen Beleidigung der Offiziere und Unteroffiziere des Regiments 122, Kaiser Franz Joseph, ist telegraphisch gemeldet worden. Die „Kreuz-Ztg.“ theilt über die Verhandlung noch folgende Einzelheiten mit: Am 10. Febr. v. J. berichtete die „Heilbronner Zeitung“: Heute Morgen bemerkte ein an der hiesigen Infanterie-Batterie Vorübergehender, wie Soldaten von ihrem Regimentsführer durch Offiziere und Sabelhiebe mishandelt wurden. Da er annimmt, daß die Mishandlungen nicht den Muth haben werden, die Sache zur Meldung zu bringen, so überlegt er im Vertrauen auf die Gerechtigkeit und Humanität der hohen Offiziere seine Wahrnehmung der Öffentlichkeit und wünscht, daß von zuständiger Seite Abhilfe geschieht. Wegen dieses Artikels hat der Regiments-Commandeur Strafantrag gestellt. Der Angeklagte, welcher es abgelehnt hatte, in der Voruntersuchung den Wahrheitsbeweis anzutreten, hat zu der Verhandlung eine Reihe von Zeugen laden lassen, durch welche nicht nur die in dem Artikel berichteten Mishandlungen, sondern auch eine Reihe anderer voll erwiesen wurden. Der Gesamtindruck der Beweisaufnahme war der, daß in dem genannten Regiment die Soldaten vielfach geschlagen und sonst mishandelt werden. Auch eine treffliche Illustration des Beschwerderechts hat die Verhandlung ergeben. Nach dem Erscheinen des Artikels der „Heilbronner Zeitung“ hat nämlich der Regiments-Commandeur das ganze erste Bataillon

(die anderen zwei Bataillone liegen nicht hier) antreten und eingehend ausfragen lassen, ob einem Soldaten von einer Mishandlung irgend etwas bekannt sei. Es hat sich kein einziger gemeldet. Wenige Tage später hat sich ein Sergeant Quabs aus Schlesien in einer Gemeinschaft über diese Mishandlungen der Obersten Luft gemeldet: „Da kommt nichts heraus, wir haben dafür gefordert. Es sollte sich einmal melden, dem könnte es fauer auffallen, der würde feste gefächelt, so lange er Soldat ist.“ Einen kläglichen Eindruck machten zwei Rekruten, die auf jegliche Frage des Vorstehenden ihr Sprüchlein hergaben: „Ich habe keine Mishandlungen gesehen und bin auch nicht mishandelt worden.“ Ein dritter Soldat beklagte, daß er noch vor acht Tagen von einem Unteroffizier Eichenhart eine Ohrfeige bekommen habe. Nach diesem Beweisergebnis beantragte der Staatsanwalt selbst die Freisprechung des Angeklagten, dem er es aber zum Vorwurf machte, daß er nicht schon in der Voruntersuchung mit dem Wahrheitsbeweis heraustrat. Das freisprechende Erkenntnis des Gerichts ist mit dem einzigen Satz begründet, daß dem Angeklagten der Beweis der Wahrheit gelungen sei. Der Sergeant Quabs ist in Haft genommen worden.

* Frankfurt a. M., 22. Februar. Nach Mittheilungen der „Frankfurter Zeitung“, welche derselben von authentischer Seite zugegangen sind, ergaben die Steuererklärungen in der Stadt Frankfurt 4 500 000 Mk. gegen 2 500 000 Mk. der früheren Veranlagung; das Plus beträgt daher 80 Proc.

* München, 22. Februar. [Kammer der Abgeordneten.] Die Kammer beriet heute den Etat der Zölle und indirecten Steuern. Der Etat des Mahauschlags wurde gegenüber dem Budget-Entwurf um 700 000 Mk. erhöht und mit 36 Millionen Mark bewilligt. Bezüglich der in Italien erhobenen inneren Biersteuer erklärte der Finanzminister eine politische Beeinflussung für unangänglich. Ferner hob der Minister hervor, die bairische Regierung sei wie bisher weiter bemüht, die Interessen der bairischen Interessenten gegenüber dem Import von russischem Hopfen durch einen entsprechenden Zoll wahrzunehmen.

* Straßburg, 22. Februar. Der Bezirkspräsident des Oberelsaß hat die Ausweisung des schweizerischen Staatsangehörigen Mag. Dollfus, Sohnes des Großindustriellen August Dollfus in Mülhausen, verfügt. M. Dollfus, der im Jahre 1864 geboren ist, wanderte kurz vor Eintritt in das militärische Alter aus und kehrte kürzlich in die Reichslande zurück, ohne der Polizei seine Ausweisungspapiere vorzulegen.

* Metz, 22. Februar. In Novant wurde ein französischer pensionierter Gendarmenleibtrugler verhaftet und als der Spionage verdächtig nach Metz vor den Staatsanwalt und dann über die Grenze gebracht.

Oesterreich-Ungarn.

* Cattaro, 22. Februar. Der Dampfer des österreichischen Lloyd „Trief“ ist mit der Leiche der Fürstin Darinka von Montenegro heute Vormittag hier eingelaufen. Unter großen Feierlichkeiten fand hier die Einsegnung und sodann die Weiterführung der Leiche statt, wobei der Sarg von montenegrinischen Offizieren getragen und von den Vertretern der Behörden und militärischem Gefolge bis zur Cordoba-Brücke geleitet wurde.

England.

* London, 22. Februar. Unterhaus. In Beantwortung einer Anfrage erklärte der Präsident des Amtes für Aderbau, Chaplin, das Gerücht, die Maul- und Klauenseuche sei durch eine Ladung roher Häute aus Deutschland eingeschleppt, sei vollständig unbegründet.

Portugal.

* Lissabon, 22. Februar. Die Verhaftung des früheren Ministers Meneses Cortez ist mit Unterstellungen von Werthpapieren des Banco Lusitano begründet worden. Wahrscheinlich dürfte der Verhaftete ins Militärgefängnis überführt werden.

Serbien.

* Belgrad, 22. Febr. Der Budgetausschuß der Skupstina hat für die diesjährigen Manöver nur 100 000 Frcs. bewilligt.

Rußland.

* Petersburg, 22. Februar. Laut Meldung aus Asien hat das dortige Militärgericht den Kleinbürger Kischurichin wegen des gegen den Gouverneur von Asien begangenen Attentates standrechtlich zum Tode durch den Strang und den Ehrenbürger Archangelsky, welcher die Absicht Kischurichins kannte, aber nicht zur Anzeige brachte, zu fünfjähriger Zwangsarbeit verurtheilt. Vom Militärgericht wurde jedoch beschlossen, eine Milde rung der Strafen nachzutreten.

Von der Marine.

* Das Kreuzergeschwader, bestehend aus den Schiffen „Ceipig“, „Alexandria“ und „Sophie“, (Geschwaderchef Contre-Admiral Balais) ist am 21. Februar in Capstadt, der Kreuzer „Möwe“ (Commandant Corvetten-Capitän v. Kaiser) an demselben Tage in Bombay eingetroffen.

Am 24. Februar: Danzig, 23. Feb. M.-A. 5.43. G.-A. 7.6. G.-U. 5.23. M.-U. b. Tage. Wetterausichten für Mittwoch 24. Februar, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Wolkig, bedeckt, Niederschläge, milde Luft, windig. Stürmisch an den Küsten.

Für Donnerstag, 25. Februar: Wolkig, bedeckt, theils sonnig, milde; lebhaftes Winde, Nachtfrost, Niederschläge, Sturmwarnung.

Für Freitag, 26. Februar, Wolkig, milde, strichweise Niederschläge; lebhaftes Winde.

Für Sonnabend, 27. Februar: Wolkig, bedeckt, lebhafter Wind, strichweise Niederschlag; milde. Nachtfrost. Sturmwarnung.

* [116 084 Mark Verlust.] Dem heute eröffneten westpreussischen Provinzial-Landtag ist soeben die im Jahresbericht des Landesdirectors verheißene Vorlage, betreffend die endgültige Regelung der berichteten Fersener Meliorations-Angelegenheit zugegangen. Bekanntlich waren durch die in dem hiesigen Strafprozeß wider Dr. Wehr u. Gen. genügend charakterisirten Operationen des früheren Landesdirectors Wehr und des Genossenschaftsvorstehers Holz-Blumfeld aus der Provinzial-Hilfskassen Darlehen im Gesamtbetrage von 104 000 Mk. zur Entzifferung des Arangesees bei Blumfeld im Arzbe Berent hergegeben, das Geld aber größtentheils von Holz und Wehr unterschlagen und das begonnene Entwässerungs-merk dann vollständig in Verfall gerathen. Seine Wiederaufnahme ist gescheitert, die angestellte Rentabilitätsberechnung hat auch ein sehr zweifelhaftes Resultat ergeben und alle Bemühungen des Provinzial-Aus-

schusses, im Wege des Vergleichs mit der Genossenschaft wenigstens einen kleinen Theilbetrag des Darlehns zu retten, sind in Folge des geringen Interesses der nach dem Auscheiden des Holz noch übrigen Genossenschaftler und deren Vermögenslosigkeit ebenfalls vergeblich gewesen. Eine Alage gegen dieselben würde nach Ansicht des Provinzial-Ausschusses nur ein erhebliches Kostenrisiko ohne Aussicht auf materiellen Erfolg haben. Auch die Ermittlungen und Ermäßigungen, ob außer Dr. Wehr, der für den ganzen Schaden erspfindlich, aber notorisch vermögenslos und erheblich verschuldet ist, etwa andere Provinzialbeamte ein verretbares Verschulden treffe, das sie regreppflichtig mache, haben den Provinzial-Ausschuß zu einer verneinenden Ansicht geführt und somit ist derselbe zu dem unerfreulichen Resultat gelangt, daß das der Genossenschaft aus dem Provinzial-Hilfskassen-Fonds gewährte Darlehn uneinziehbar ist. Der Verlust, welcher dem Provinzial-Hilfskassen-Fonds hierdurch erwächst, beläuft sich buchmäßig auf 104 000 Mk. Kapital und auf 12 084 Mk. in Resteinnahme gestellte Zinsen für die Zeit vom 1. September 1886 bis 1. März 1889, da die später fällig gewordenen Zinsen überhaupt nicht mehr zur Solleinnahme gestellt sind. Zur Deckung des Gesamtverlustes von 116 084 Mark wird nach den beim Provinzial-Landtage gestellten Anträgen zunächst der vorhandene Reservefonds der Provinzial-Hilfskassen, welcher am Schlusse des laufenden Etatsjahres rund 96 000 Mk. betragen wird, zu verwenden sein. Der alsdann noch verbleibende Ausfall von rund 20 000 Mk. soll dem Stammkapital der Provinzial-Hilfskassen entweder auf einmal oder in angemessenen Jahresraten aus dem Reingewinn des Hilfskassen-Fonds zugeführt werden.

* [Von der Weichsel.] Die gestern Stromaufwärts geschickten Eisbrechdampfer sind in Graudenz angekommen und werden heute mit der Befestigung des Restes der Eisstopfung beginnen. Im übrigen sind die Eis- und Wasserstands-Verhältnisse gegen gestern überall unverändert, auch an der Mündung bei Neufahr ist der Zustand durchaus normal.

Aus Thorn meldet ein Privattelegramm von heute Mittags: Die Weichsel ist hier eisfrei. Das heutige Hochwasser beträgt 0,54 Meter.

* [Steuererhebung.] Als Termine zur Einhebung der Einkommenssteuer für den Regierungsbezirk Danzig sind seitens der königlichen Regierung in Danzig für dieses Jahr die Monate Mai, August, November und Februar bestimmt worden.

* [Ordensverleihung.] Herrn Polizeidirector Frhr. v. Reischwitz hieselbst ist das Ritterkreuz 1. Klasse des herzoglich braunschweigischen Ordens Heinrichs des Erben verliehen und zu dessen Anlegung die diesseitige staatliche Genehmigung erteilt worden.

* [Patent.] Hrn. Brandmeister S. Kiesel in Königsberg ist auf eine Schlauchkuppelung mit doppelter Ringbildung ein Patent erteilt und von Hrn. Heinrich Müller zu Ebenau bei Saalfeld auf eine Karloff-zustreife-Maschine ein Patent angemeldet worden.

* [Unfall.] Der Kesselmachmeister Ferdinand G. von der Klammer'schen Werft gerieth gestern mit der rechten Hand in die Lohmaschine, wobei ihm der Zeigefinger abgequetscht wurde.

[Polizei-Bericht vom 23. Februar.] Verhaftet: 19 Personen, darunter: 1 Barbier wegen Diebstahls, 1 Arbeiter wegen groben Unfalls, 15 Obdachlose, 2 Bettler. — Gestohlen: 1 goldene Damenuhr mit Silberblatt und vergoldeter Kette, 1 Beutel, enthaltend 39 Mk., ein Portemonnaie, enthaltend 1 Mk. 50 Pf., 90 Pfund Schweinefleisch, 40 Pfund Schmalz, 30 Pfund Fleischwurst, 4 Pfund Roulade. — Gefunden: 1 Brille im Futteral, 1 Abonnementskarte auf die „Danziger Zeitung“.

* Ziegenhof, 23. Febr. Die im Concurs befindliche Zuckerfabrik Ziegenhof ist durch eine offene Handelsgesellschaft unter der Firma: „Ziegenhöfer Zuckerfabrik von J. Hamm und Co.“ pachtweise übernommen worden und somit das Fortbestehen derselben gesichert. Für den Rübenbau sind ca. 1800 pr. Morgen geeignet und stehen Nachzeichnungen noch in Aussicht. Das Weiterarbeiten der Fabrik kann für die ganze Gegend nur von Vortheil sein.

E. Marienburg, 22. Februar. Ein für unsere Stadt und Umgegend bedeutendes Ereignis, der vor sechs Jahren eingetretene Concurs der hiesigen Gewerbebank, E. G., fand in der am letzten Sonntag tagenden sechsten und letzten Generalversammlung des Haftpflicht-Gesetzvereins dadurch einen befriedigenden Abschluß, daß der Vorstand dieses Vereins die erfreuliche Thatfache konstatierte, daß der Concurs der Gewerbebank sein Ende erreicht habe, und daß durch die Gründung des Haftpflicht-Gesetzvereins und durch dessen opferwilliges, energisches und sachgemäßes Einschreiten die Mitglieder der Gewerbebank vor einer schlimmen Katastrophe bewahrt geblieben sind. So manche Existenz von fleißigen Mitbürgern war gefährdet. Mit Genugthuung kann heute konstatiert werden, daß der gefährdete Ruin bei keinem Mitgliede eingetreten ist. Der drückende Alp ist gebannt, alles athmet wieder auf, eine umfangreichere Erwerbsthätigkeit und Erwerbsfreiheit greift Platz, Vertrauen und Credit tritt wieder in die früheren Rechte. Daß hierbei auch noch andere Factoren mitgeholfen haben, darf nicht unerwähnt bleiben. Vor allen haben die Gläubiger der Gewerbebank, die Depofitäre, in richtiger Erkenntnis der schwierigen Situation in der größeren Zahl bedeutende Opfer durch Ermäßigung ihrer Forderungen gebracht. Nächstdem war die Wahl des Concurs-Verwalters eine sehr glückliche. Von dem Standpunkt eines echten und rechten Localpatrioten hat er es vermocht, durch energisches Vorgehen gegen säumige Schuldner, sowie durch Rücksicht bei den weniger begüterten ein möglichst günstiges Resultat zu erzielen. Auch hat er es verstanden, sich sowohl mit dem Concursrichter als auch mit dem Vorlande des Haftpflicht-Vereins und dessen Rechtsbeistand stets im Einverständnis zu befinden. Von denselben lokalpatriotischen Gefühlen befeelt, hat auch letzterer mit einer Thätigkeit und einem unermüdlichen Eifer gearbeitet und sich für alle Seiten einen wohlverdienten Dank bei sämtlichen Mitgliedern der Gewerbebank gesichert. Schließlich sei an dieser Stelle der humanen Rechtspflege des Concursrichters gedacht. Möge seine edle Handlungsweise ihm zur dauernden Befriedigung gereichen, die wohlverdiente Anerkennung sollen ihm gern die rehabilitirten Mitglieder der früheren Gewerbebank.

— Das Comité für den Lurus-Pferdemarkt und der damit verbundenen Lotterie pflegt aus den alljährlichen Ueberschüssen recht ansehnliche Beträge zu wohlthätigen bzw. gemeinnützigen Zwecken zu verwenden. Auch in diesem Jahre sind wieder erhebliche Summen zur Vertheilung gelangt. So wurden in der letzten Comité-Sitzung dem Waisenhaus zu Neuteich 200 Mk., der hiesigen Kleinkinderbewahranstalt 200 Mk., Herrn Rector Pudor als Beihilfe zur Unterhaltung der Haushaltungsschule 300 Mk., den beiden Gemeindefriedhöfen zur Vertheilung an hiesige Arme je 150 Mk., dem hiesigen Verschönerungsverein 1000 Mk., dem zu Neuteich 450 und demjenigen zu Ziegenhof ebenfalls 450 Mk. überwiesen.

* Dem Rentier Wilhelms zu Dobrin im Arzbe Flatau ist der Kronenorden 3. Klasse verliehen und der hgl. Catastercontroleur Henning in Mohrunen ist als zweiter Catasterinspector an die hgl. Regierung in Schleswig versetzt worden.

Reidenburg, 21. Febr. Auf entsetzliche Art ist ein junges Menschenleben zu Grunde gegangen: Am 18. d. M. wollte die Cosmanns-Frau Broßch aus Ulfesheim bei den dortselbst wohnenden Wirthsleuten Benjaminski zu Besuch. Bald kam ihr auch die 12 Jahre alte Tochter Caroline Broßch nach; diese stellte sich an den Kochherd, um sich zu wärmen. Die am Herde beschäftigte Dienstmagd Marie Richter hob vom Feuerherde einen großen Topf mit siedendem Wasser und mußte an irgend etwas angestossen haben, denn der Topf entfiel ihren Händen und sein ganzer brühender Inhalt ergoß sich über das unglückliche Mädchen, welches unter unaglichen Schmerzen die Nacht zwar noch durchlebte, dann aber seinen Geist aufgeben mußte.

(N. W. M.)
Gnesen, 23. Februar. (Privattelegramm.) Der wegen Ermordung seiner Braut zum Tode verurtheilte Aufstcher Stagniak aus Wichowo wurde hier heute Morgen durch den Scharfrichter Reindel aus Magdeburg hingerichtet.

15. westpreussischer Provinziallandtag.

Eröffnungssitzung am 23. Februar.

Heute Mittag 12 Uhr trat in dem mit preussischen und deutschen Fahnen geschmückten Landeshause der westpreussische Provinziallandtag zu seiner 15. Sitzungsperiode, welche voraussichtlich bis Ende der Woche dauern wird, zusammen. Nachdem sich die Abgeordneten fast vollständig versammelt hatten, erschien Herr Oberpräsident v. Götzer, begleitet von seinen Commissariaten, und eröffnete den Landtag mit folgender Ansprache:

„Hochgeehrte Herren! Als königlicher Commissarius habe ich die Ehre, den Landtag der Provinz Westpreußen bei seinem 15. Zusammentritt zu begrüßen.

„Vor Jahresfrist stand an dieser Stelle ein Mann, der, wie wenige, durch die ausgezeichneten Eigenschaften seines Charakters und seiner Gesinnung berufen schien, das Wohl der Provinz zu fördern. Mitten in seiner schaffensfreudigen Laufbahn ist er abgerufen — seine Treue in der Pflichterfüllung haben die Westpreußen in Treue vergolten —, eine aufrichtige Trauer hat sein Scheiden begleitet. Unter den Mitlebenden wird sein Gedächtnis in Ehren bleiben. Daß es aber auch als ein theures Erbtheil auf die nachfolgenden Geschlechter übergehe, dazu haben Ihre vorjährigen Beschlüsse die Grundlage geschaffen. Dank Ihrer Bewilligung, dank des Entgegenkommens Ihrer Verwaltung ist es gelungen, das Seelingsproject des Berewigten auszuführen, die westpreussische Arbeitercolonie in das Leben zu rufen und in ihrem Namen „Hilmarshof“ das Andenken an Hilmar von Leipziger nach zu erhalten. Ein tief empfundenes Bedürfnis ist mit der Einrichtung der Colonie befriedigt, die Beschaffung der zur Ergänzung des Unternehmens durchaus erforderlichen Verpflegungsstationen hat einen neuen Antriebe erhalten und die Provinz ist um ein Werk bereichert, welches in der Kette der socialen Schöpfungen der Neuzeit ein bedeutungsvolles Glied bildet.

„Auch auf einem anderen Gebiete weitstichtiger Fürsorge für Ihre leidenden Mitmenschen stehen Sie im Begriff ein fegensreiches Unternehmen ins Leben zu rufen. Durch die im Princip bereits beschlossene Einrichtung eines Nebencuriums in Schlochau werden hilfsbedürftige bildungsfähige Taubstumme kostenfrei Erziehung, Unterricht und Ausbildung erhalten und der menschlichen Gesellschaft als brauchbare Glieder gewonnen werden.

„Während sich diese Veranlassung in der altbewährten Richtung bewegt, wird die bisher unentgeltlich geübte Fürsorge für ortsarme Geistesranke, Idioten, Taubstumme, Siedhe und Blinde auf eine wesentlich andere Grundlage gestellt durch das Gesetz vom 11. Juli 1891. Vom 1. April 1893 ab liegt dem Candarmen-Verbande die Verpflichtung ob, in geeigneten Anstalten für Bewahrung, Kur und Pflege der Geistesranke, Idioten, Epileptischen, Taubstummen und Blinden Fürsorge zu treffen, soweit sie hilfsbedürftig sind und der Anstaltspflege bedürfen. Dieser Pflicht steht das Recht gegenüber, die Ortsarmenverbände unter Hinzutritt der Kreise zur Erstattung gewisser Kosten in Anspruch zu nehmen, und einer sorgfältigen Abwägung der sich kreuzenden Interessen wird es bedürfen, zwischen der Belastung der Provinz, der Heranziehung der engeren Communalverbände und der Fürsorge für die Glenden die wichtige Linie zu finden. — Nicht minder werden wirksame Tragen den Provinzial-Landtag beschäftigen. Mit der Bewilligung einer Unterstützung aus dem neu gebildeten Fonds für Landesmeliorationen an eine Entwässerungsgenossenschaft ist ein wichtiger Vorang für die Förderung der Landescultur geschaffen. Neue Anforderungen werden aus landwirtschaftlichen Kreisen erhoben und die Gewährung provinzieller Mittel erhält für die Betheiligten einen um so größeren Werth, als hierdurch die Bedeutung des Unternehmens für die Provinz anerkannt und die Central-Verwaltung um so mehr geneigt gemacht wird, mit Staatsfonds helfend einzutreten.

„Zum ersten Male hat in dem Entwurf des Staatshaushalts für das kommende Etatsjahr ein einmaliger Betrag von 150 000 Mark zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft in den östlichen Provinzen Aufnahme gefunden. Unter der Voraussetzung seiner Genehmigung durch das Etatsgesetz beabsichtigt der Herr Minister für Landwirthschaft ein Theil dieser Summe der Provinz Westpreußen zu überweisen und durch den landwirtschaftlichen Centralverein verwenden zu lassen. Die Staatsregierung legt besonderen Werth darauf, daß sich auch die Provinz an den Kosten aufwendungen betheiligt, und nimmt in Aussicht, wenn eine Verständigung über die Verwendung der vergrößerten Mittel erzielt wird, die Ausführung unter die gemeinschaftliche Ueberwachung der Staats- und Provinzial-Organen zu stellen. Auf allen Seiten dieser hohen Veranlassung wird gleichmäßig der Wunsch lebendig sein, daß der von der Staatsregierung betretene Weg neue Kräfte unserer bedrängten Landwirthschaft zuführen möge.

„Ein freudvolles Bild entrollt sich auf einem überwiegend idealen Bestrebungen dienenden Gebiete, auf dem der Denkmalspflege. Mit der Verlegung des 8. Festes der westpreussischen Baudenkmale ist ihre Aufnahme für die Hälfte der Kreise beendet. Die Einrichtung, welche Sie Ihrer mit der Verwaltung des Provinzial-Museums betrauten Commission gegeben haben, hat sich bewährt und als geeignet erwiesen, der erweiterten Organisation der Denkmalspflege, wie sie die Staatsregierung anstrebt, als Grundlage zu dienen. Bei allen Vereinen, welche mit der Geschichte, Vorgesichte und der Kunst unserer Provinz sich beschäftigen, hat die Anregung freudigen Wiederhall gefunden und die Vorschläge des Provinzial-Ausschusses vermitteln in glücklicher Weise zwischen den Absichten der Staatsregierung und den hier bereits erprobten Grundfassen. Durch ihre Annahme wird, wie allseitig erhofft wird, das Verständnis für die Ueberlieferungen der Vorzeit und die Liebe zur Heimath eine mächtige Förderung erfahren.

„Mögen diese, wie alle Ihre Beschlüsse der Provinz zum Segen gereichen! Mit diesem Wunsche erkläre ich im Allerhöchsten Auftrage den 15. Provinzial-Landtag der Provinz Westpreußen für eröffnet.“

Nach der Eröffnung brachte der Alterspräsident, Abg. Engler-Berent ein Hoch auf den Kaiser aus. Darauf wurden Herr v. Graf-Alanin als erster und Herr v. Gramacki-Danzig als zweiter Vorsitzender des Provinzial-Landtages durch Acclamation wiedergewählt. Der Vorsitzende berief demnach als Schriftführer die Abgg. Dr. Raub-Ronitz, Dr. Kersten-Schlochau, Müller-Dt.-Arone und Lohrke-Flatau und als Quästoren die Abgg. Mannow und Engler.

In die Petitions-Commission wurden die Abgg. Doehring, v. Parpart, Albrecht-Putzig, Döllertun, Wannow, Plehn-Dichtenthal und Genjmer;

(8842